Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 226. Montag den 13. August 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der am Sonnabend, den 18. ds. Mon. stattfindenden Feier der Enthüllung des Siegesdenkmals wird der auf diesen Tag fallende

Wochenmarkt

bereits am Tage vorher, also

Freitag, den 17. ds. Mon.

abgehalten.

An diesem Tage müssen bis zur Schlußzeit des Marktes, demnach **bis 6 Uhr Nachmittags**, sämmtliche Marktstände, Wagen, Körbe, Sitze und sonstige Geräthschaften von den für den Marktverkehr bestimmten Plätzen entfernt sein, und sind bis zu derselben Frist die Abfälle sowie der an den Ständen sich sammelnde Unrath von den Standinhabern zu beseitigen, beziehentlich zusammenzukehren und in Haufen zu bringen.

Zuwiderhandelnde haben **Geldstrafe** bis zu **60 Mark** oder **Haft** bis zu **14 Tagen**, nach Befinden auch Entziehung der Stände zu gewärtigen.

Leipzig, den 10. August 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Das 34. Stück des diesjährigen **Reichs-Gesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 4. September d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1819. Verordnung, betreffend die Ausführung der am 9. September 1886 zu Bern abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst. Vom 11. Juli 1888.

Nr. 1820. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Luxemburgs zu der am 9. September 1886 zu Bern abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst. Vom 30. Juli 1888.

Leipzig, den 8. August 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Wohnungs-Vermiethung.

Die nördliche Hälfte des ehemal. Hospitalthorhauses, Hospitalstraße Nr. 34, Parterre und 1. Etage, bestehend aus 4 Stuben, 3 Kammern, Küche und sonstigem Zubehör nebst Garten, soll vom 1. October ds. Js. an gegen einhalbjährliche Kündigung

Dienstag, den 21. dies. Mon.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden vermiethet werden, jedoch unter ausdrücklichem Ausschluß der Benutzung zum Restaurationsbetrieb.

Ebendaselbst auf dem großen Saale bei den diensthabenden Rathsdienern liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 7. August 1888.

In. 4762. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Wagner.

Erhaltener Anzeige zufolge hat die ledige **Auguste Selma Rätzer** aus **Lausigk** das ihr vom dortigen Stadtrathe am 10. April 1885 unter Nr. 16 ausgestellte Dienstbuch in hiesiger Stadt verloren.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 10. August 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
I. 4859. J. V.: Junck, Pol.-Rath. D.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 13. August.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Confessionen in ihrer Polemik aus, wie sie im Rheinland im Anschluß an den Fall Thümmel angeregt wurde. Das Blatt schreibt:

Als Grund für diese Aenderung ist zu erkennen, daß man sich durch diese Strafbestimmung in der Agitation gegen andere Confessionen, speciell gegen die katholische Kirche, beengt fühlte. Das ist aber gerade der Zweck jenes Paragraphen, daß die öffentliche Agitation, die in Versammlungen ausgebrütet, mit beleidigenden Ausfällen gewürzte Bekämpfung der Kirchen unter einander thunlichst eingedämmt werden sollte. Die Behauptung, daß die Kirchen sich selbst durch ihre geistigen Waffen gegen einander allein schützen sollen, klingt ja recht angenehm, aber sie ist im Leben, wie leicht zu zeigen, nicht angebracht. Wir haben einen feinen Vorgeschmack, wie es werden würde, wenn keine einengenden Strafbestimmungen die streitenden Parteien auseinander hielten, in der letzten Zeit bekommen, und wahrlich ist dadurch in ruhigen Kreisen die Neigung, auf diesem Wege große Massen weiter fortschreiten zu sehen, nicht gewachsen. Es würde dies einfach eine Untergrabung des bürgerlichen Friedens bedeuten und von den schwersten Schädigungen insofern begleitet sein, als das in zwei große Religionsparteien geschiedene Volk auf dem Gebiete des Erwerblebens in den staatlichen Einrichtungen, im Heere und in hundert anderen gemeinsamen staatlichen oder communalen Institutionen zum Heile des Ganzen in Eintracht zusammenarbeiten muß. Man wird nämlich zugeben müssen, daß der entbrannte religiöse Kampf vor dem rein bürgerlichen Gebiete nicht Halt machen, sondern auch in dieser Beziehung eine Theilung in zwei Parteien durchzuführen suchen würde. Man darf es ruhig der Phantasie des Lesers überlassen, sich auszumalen, welche Zustände sich bei einem solchen Kampfe der Confessionen entwickeln würden.

Es sprechen aber außer staatlichen Rücksichten auch religiöse für Beibehaltung der angegriffenen Bestimmung. Die Aufhebung derselben würde nicht allein dem ungezügelten Kampfe der Confessionen untereinander Thür und Thor öffnen, sondern auch einem Ansturm von materialistischer Seite gegen alles Religiöse zur Folge haben, der allen christlichen Kirchen in gleicher Weise Abbruch zu thun vermöchte. Man darf schon jetzt die rücksichtslose Verbreitung sogenannter freidenkerischer Anschauungen in untere Schichten des Volkes, wie sie vielfach in industriellen Gegenden von demokratischer Seite betrieben wird, beklagen; welchen Umfang würde dieses, den sittlichen Kern des Volkes zernagende Treiben annehmen, wenn dasselbe durch Streitsucht der Bekämpfung der einzelnen Kirchen noch unterstützt würde. Es reihte sich neue Masse dieser religiösen Socialdemokratie die billige Verhöhnung der einzelnen confessionellen Einrichtungen hinzu, es würde ein greifbarer Angriffspunct aufgestellt werden, während jetzt das Freidenkerthum auf allgemeine latente Nebensarten als Hauptmittel angewiesen ist.

Der Staat schützt seine Einrichtungen, Beamte 2c. auch dadurch, daß er die Beleidigung derselben bestraft; ja, die bürgerliche Ehre des Einzelnen ist gegen Verunglimpfung gewahrt, in gleicher Weise ist denn auch den Kirchen derselbe Schutz gewährt worden, welchen aufzuheben auf Verlangen eines Theiles derselben um so weniger Veranlassung sein kann, als der Staat selbst, der den Schutz gewährt, ein Lebensinteresse nicht am Kampfe der erhitzten Massen, sondern an friedlicher Zusammenarbeit des Volkes hat. Es wird überhaupt auch nur mit einigem Schein von Recht nicht behauptet werden können, daß ohne zügellosen Kampf eine Verhöhnung confessioneller Gesinnung unmöglich sei, und daß obige Bestimmung, anstatt die Religion zu schützen, dieselbe schädige.

* Zu der Nachricht, daß sich der Reichstag in der nächsten Session mit der Bewilligung eines jährlichen Beitrages zu den dem Kaiser erwachsenden Repräsentationskosten beschäftigen werde, bemerkt der „Hamburgische Correspondent": „Es ist uns bekannt, daß in parlamentarischen Kreisen die Frage einer „Reichscivilliste des Kaisers" lebhaft erörtert worden, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß ein dahingehender Antrag bei allen Parteien Zustimmung finden würde. Aber wir glauben auch gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß Kaiser Wilhelm diesem Gedanken vollständig fern steht. Bundesrath und Reichstag werden zusammen wirken müssen, um Wilhelm II. zur Annahme einer Reichscivilliste zu veranlassen."

* Herr von Bennigsen hat Friedrichsruh, wo er mehrere Tage zum Besuch gewesen ist, nunmehr wieder verlassen.

* Dem „Daily Chronicle" wird aus Berlin gemeldet, daß Herr von Giers den Fürsten Bismarck in Kissingen besuchen werde.

* Aus Kiel schreibt man der „National-Zeitung" unterm 10. d. M.: Prinz Heinrich nebst Gemahlin siedelten heute Vormittag von dem Hotel Bellevue in das königliche Schloß über, in dem zunächst nur die nothwendige Anzahl von Räumen zur Aufnahme des fürstlichen Paares fertig gestellt worden ist. Die Beendigung des Schloßbaues und der sonstigen decorativen Einrichtungen wird nicht vor dem Monat October stattfinden. Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern" bleibt bis zum Herbst im Dienst, zu welcher Zeit dieselbe, unter dem Commando des Prinzen Heinrich stehend, dem Vernehmen nach die Kaiserin Friedrich zu einem Besuche nach England bringen und Prinz Heinrich mit der Yacht eine längere Reise nach der englischen und schottischen Küste unternehmen wird.

* Das Consistorium in Koblenz verweist anläßlich der Vorkommnisse neuester Zeit die Presbyterien nachdrücklich auf die gewissenhafte Beachtung der Kirchenordnung, wonach die Kirchen zu anderen als gottesdienstlichen Zwecken nicht ohne Genehmigung des Consistoriums benutzt werden dürfen.

* Das in seinen Grundzügen bereits entworfene Programm über die bevorstehenden Kaisertage in Wien ist österreichischerseits nach dahin erweitert worden, daß auch ein Ausflug nach Gödöllö beabsichtigt wird, wo eine große Parforcejagd abgehalten werden soll.

* Aus Agram erfährt das „Neue Wiener Tagblatt", daß man in der Umgebung des Bischofs Stroßmayer nichts von der Berufung desselben zum Kaiser nach Wien weiß. Sollte aber eine solche erfolgen, so werde Stroßmayer bezüglich seiner Kiewer Depesche zu seiner Rechtfertigung sagen, daß er den ersten Theil seiner Begrüßung einfach aus Citaten der heiligen Schrift zusammengestellt habe, während der zweite Theil, in welchem von der „Weltmission" der russischen Kirche die Rede ist, nichts enthalte, was der Bischof nicht stets in seinen Hirtenbriefen verkündet und was seine ganze bisherige Wirksamkeit ausgezeichnet habe. Sein Streben nach Anbahnung einer Annäherung zwischen der römischen und orthodoxen Kirche werde auch in Rom hochgeschätzt und getheilt. Eine Encyklika des Papstes sei in diesem Sinne gehalten gewesen und auch der Abschluß eines Concordats mit Montenegro habe diesem Ziele gegolten. Zur Begrüßung der Kiewer Feier werde demnächst ebenfalls eine Encyklika erscheinen. Was schließlich die politische Tendenz anbelangt, so fühle sich Stroßmayer nicht nur als Kroate, sondern auch als Slawe, der Rußlands „Sieg im Einvernehmen mit unserer Monarchie" wünscht. Es sei seine Ueberzeugung, daß die Lösung der orientalischen Frage auch ohne Krieg mit Oesterreich-Ungarn möglich sei, wenn dieses die Aspirationen der slawischen Völker, namentlich in Kroatien und Bosnien, mehr respectire. Von der endlichen Annäherung zwischen beiden Kirchen sei er vollkommen überzeugt und er werde in dem idealen Streben, diese Annäherung herbeizuführen, stets verharren.

* Die (russische) „St. Petersburger Zeitung" bespricht die Eröffnung der Universität Tomsk und gelangt zu dem Schlusse, daß die eigentliche Wirkung des Actes noch lange auf sich warten lassen werde. Zunächst werde die Folge der Tomsk zu gut gekommenen Vergünstigung sogar nur die sein, daß Ostsibirien noch mehr als bisher sich vernachlässigt vorkommen werde. „Von den Einwohnern Irkutsks, das von Tomsk mehrere Tausend Werst entfernt ist, wird die Nähe des sibirischen akademischen Centrums wohl schwerlich besonders empfunden werden. Die geographische Lage der Stadt Tomsk ist in der That eine derartige, daß sie weit mehr nach dem europäischen Rußland als den endlosen Flächen Ostsibiriens hinneigt. Diese Lage wird durch den Bau einer sibirischen Bahn ohne Zweifel noch mehr befestigt werden und das Zurückbleiben Ostsibiriens hiermit noch deutlicher und stärker hervortreten." Diese Kritik ändert freilich nichts an der einfachen Thatsache, daß die russische Regierung, wenn sie Sibirien den europäisch cultivirten Ländern einzureihen beabsichtigt, den Anfang mit dem näher gelegenen, von der Natur mehr begünstigten, von besseren Elementen bevölkerten Westsibirien machen muß.

Zur Lage.

NLC. Berlin, 14. August. Nach den Berichten aus dem Kreise Rappoltsweiler wurden daselbst, von Markirch abgesehen, überall die ausscheidenden Mitglieder des Kreis- und Bezirkstags wiedergewählt. Nicht unzählig fielen dagegen die Wahlen in Markirch aus. Bürgermeister Kesser, der dem Kreistag längere Zeit angehörte, ist von einem minder deutschfreundlichen Gegner verdrängt und an Stelle des früheren Bezirkstagsmitgliedes Karl Blech ist ein ehemaliger Protestler, Dr. Mühlenbeck, gewählt worden. Der letztere veröffentlicht in der „Markircher Zeitung" eine französisch geschriebene Danksagung, die nach der Uebersetzung der „Straßburger Post" folgendermaßen lautet: „Ihr habt mich zu Eurem Vertreter in den Bezirksrath gewählt! Aber ich vermuthe nicht, daß Ihr willens gewesen seid, mich nur mit der Vertheidigung materieller Interessen zu beauftragen; mein ehrenwerther Gegner hätte sie eben so gut, wo nicht besser, vertheidigt. In einer Zeit, wo die Hand der Polizei auf alle Herzen drückt, habt Ihr jemand gesucht, welcher für Euer Land das Recht verlangt, nicht als ein einfaches Festungsgelaß betrachtet, sondern als Menschen behandelt zu werden. Ihr habt mich gewählt, um in Eurem Namen gegen die ebenso wenig zu rechtfertigenden als verhaßten Maßregeln zu protestiren; ich danke Euch für dieses Zeichen des Vertrauens. Markirch, den 6. August 1888, gez. Eugen Mühlenbeck." Die Danksagungen der meisten übrigen Gewählten, auch derjenigen, welche nicht unmittelbar ihre deutsche Gesinnung zu betonen in der Lage waren, versprachen wenigstens eine unparteiliche Bemühung zu Gunsten der Bezirks- bezw. Kreis-Interessen, insbesondere mit Rücksicht auf die Landwirthschaft. In Herrn Dr. Mühlenbeck soll der Bezirkstag für Rappoltsweiler auch den extremen Protestler kennen lernen, der sich den Luxus erlauben kann, den politischen Interessen seiner Wähler die materiellen Interessen seines Wahlkreises durchweg unterzuordnen.

Dem Schulantrag Windthorst läßt der z. Z. im Druck befindliche Geschäftsbericht der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses folgende Kritik zu Theil werden. Der Antrag schon die Bestimmung zu haben, einen größeren politischen Kampf zu eröffnen, den ja der Antragsteller als Führer der Centrumspartei, auf Katholikentagen schon im Anfang dieses Jahrzehnts (im Jahre 1882 in Frankfurt a. M.) angekündigt hatte und der, wie es schien, seitdem auch durch verschiedene Bewegungen der Centrumspartei systematisch vorbereitet wurde. In diesen Kampf um die Schule eintretend, fordert das Centrum zunächst die bedingungslose Unterordnung des Religionslehrers und des Religionslehrplans unter eine geistliche Aufsicht. Als die Voraussetzung, welche zu einer solchen Forderung allein hinführen konnte, ist ein tiefgewurzeltes Mißtrauen gegen den Staat als den dermalen entscheidenden Factor im Volksschulwesen zu betrachten. Das Ziel des Antrags tritt klar in Erkenntniß, wenn man sich die doppelte Aufsicht — jede mit gleichem Einfluß —, vergegenwärtigt, die hierdurch eingeführt werden soll. Der Einfluß, den die Kirchenaufsicht im Religionsunterricht für sich in Anspruch nimmt, müßte unmittelbar auch den allgemeinen Lehrplan der Volksschule berühren. Lehrer und Lernende würden der Gefahr ausgesetzt, zwischen Auffassungen, die möglicherweise sich widersprechen, selbst die Wahl zu treffen. Das hieße die Schulkinder in heillose Verwirrung bringen, den Lehrerstand in seiner Gesinnungstüchtigkeit verderben. Niemand kann zwei Herren dienen! Der Staat aber möchte am Ende den mißlichen Wirrnissen dadurch auszuweichen suchen, daß er den Religionsunterricht allerdings „frei" gäbe, indem er ihn nämlich vollständig aus dem Lehrplan der als Staatsanstalt vertheidigten Volksschule streiche. Die Hintergedanken des Antrags sind vielleicht gerade auf dieses Ziel gerichtet. Die staatsfreundlichen Parteien überhaupt bestreiten aber die Voraussetzung, von der die Centrumspartei zu ihrem Antrag gelangte: das Mißtrauen dem Staate gegenüber, als wäre derselbe nicht gewillt, den Kindern in der Volksschule den religiösen Unterricht nach den Forderungen ihrer Confession zu Theil werden zu lassen. In der ganzen Entwickelung unseres Schulwesens liegt das, allen entscheidenden Factoren im Staatsleben maßgebend geblieben grundsätzliche Bestreben offen vor, daß die Volksschule auf religiöser Grundlage sich aufrichte und erhalten werde. Es ist nicht richtig, daß der Staat den Kirchen und ihren Organen in Betreff des religiösen Unterrichts in der Volksschule die ihnen zugesicherten Befugnisse verunthalte. Jedenfalls wäre die völlige Ausscheidung des Religionsunterrichts aus der Volksschule der gesetzlichen Einführung eines zweipaltigen Aufsichtsrechts vorzuziehen."

Mit vollendeter Uebereinstimmung weisen die deutschfreisinnigen Preßorgane den Gedanken zurück, gegen Herrn Liebknecht im 6. Berliner Reichstagswahlkreis einen gemeinsamen Candidaten der Ordnungsparteien aufzustellen, der eben als gemeinsamer Candidat kein Parteimann sein dürfte. Zu der Höhe der Auffassung, welche Voraussetzung eines solchen Schrittes wäre, vermögen sich die Organe jener Parteirichtung nicht emporzuschwingen. Nicht eines derselben dringt es über sich, dem Gedanken an sich wenigstens in der Abstraction eine Berechtigung zuzuerkennen, geschweige denn, ihn praktisch näher zu treten. Hat somit die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit ihrer Anregung in der Sache selbst nichts erreicht, so hat sie doch, gerade durch das unmittelbare Herausträten mit ihrem Vorschlag, auf das Greifbarste darüber Klarheit verbreitet, wie ungemein tief im Boden der Berliner Wahlbewegung der Parteigeist Wurzel geschlagen hat. Die besonderen Entschließungsgründe der Fortschrittler zu untersuchen, ist nicht recht lohnend. Man ist zu sehr auf Vermuthungen angewiesen. Jedenfalls sind sie über den Vorwurf erhaben, die Wahlziffern calculatorisch unrichtig zu gruppiren. Es ist ihnen so gut wie uns bekannt, daß der Katholikus über 86.000 Wähler zählt, die Socialdemokratie aber vermuthlich mit 30.400 Stimmen ihren allerhöchsten Besitzstand erreicht hat, daß also rund 56.000 nichtsocialdemokratische Wähler im Kreise vorhanden sind, denen nur die einigende Parole fehlt, um ihre Mehrheit zum Ausdruck zu bringen. Weiterhin ist die Vermuthung nicht ganz abzuweisen, daß der freisinnige Durchschnittswähler in Berlin für einen wirklich parteilosen Mitbürger als gemeinsamen Ordnungscandidaten mindestens ebenso nachdrücklich eintreten möchte, wo nicht gerade für einen solchen weit freudiger, als für einen von Fractionswegen vorgeschobenen Zählcandidaten. Diese Vermuthung hat jedenfalls einen kräftigen Stützpunct in der hochgradig entwickelten, täglich zu beobachtenden Abneigung des Bürgerstandes gegen das lärmende, in allen sozialen Beziehungen Zwietracht tragende Gebahren des Liebknecht'schen Anhanges. Kann aber jener Vermuthung ernsthaft nicht widersprochen werden, so fällt ein sehr verdächtiges Licht auf die hastigen Bemühungen des Deutschfreisinns, mit oberflächlichen Redewendungen über die Anregung zur Sammlung aller ordnungsfreundlichen Elemente hinwegzugleiten. Angesichts der eben erwähnten Gesinnungen des freisinnig wählenden Theiles des Bürgerstandes erscheint es jedoch sehr zweifelhaft, daß die freisinnige Presse den angeregten Gedanken nunmehr auch für alle Zeiten unterdrückt haben sollte.

Militairisches.

* Groß-Glienicke, 11. August. (Telegramm der „Post".) Nachdem Se. Majestät der Kaiser früh halb fünf Uhr die Potsdamer Garnison, von Caserne zu Caserne reitend, alarmirt hatte, rückten die Truppen als Südcorps gegen Spandau vor, um dieses zu cerniren. Nachdem die Besatzung des Spandauer Forts, aus einem Bataillon Infanterie bestehend, vor Groß-Glienicke umzingelt und zurückgeschlagen war, ging das Corps gegen Karolinenhöhe vor. Zwischen Groß-Glienicke und Karolinenhöhe auf den Gatower Bergen stieß das Südcorps auf eine Position des feindlichen Nordcorps. Mit aufgelösten Schützenlinien ging das 1. Garderegiment z. F. und das Lehr-Infanterie-Bataillon, letzteres unter Befehl des Majors von Schöler, auf den Feind los, welcher seine Artillerie eingegraben und auch Schützengräben aufgeworfen hatte. Se. Majestät befand sich in der Feuerlinie des Südcorps; Allerhöchstderselbe trug kleine Generalsuniform, hohe Stiefel, den Stern vom Schwarzen Adler-Orden, Schärpe und Helm. — Das Nordcorps stützte sich in der linken Flanke auf ein kleines Gehölz, in der rechten Flanke auf Karolinenhöhe. Das Südcorps drang sogleich vor und nahm um 10½ Uhr nach hartem Kampf Karolinenhöhe; der Feind zog sich auf Spandau zurück. Das Südcorps stellte auf Karolinenhöhe seine Vorposten auf und ging mit dem Rest bis Groß-Glienicke zurück. Beide Corps kochen ab, dann erneuert sich das Gefecht. Se. Majestät hielt um 11 Uhr eine lange Kritik ab und begab sich sodann in das Kaiserzelt, welches auf den Gatower Bergen aufgeschlagen war. Die deutsche und die preußische Flagge zieren den Eingang. Vor dem Zelte links im Vierecksgebäude ist die kaiserliche Tafel aufgeschlagen. Um dieselbe ist der Generalstab Sr. Majestät versammelt. Der Kaiser sitzt an der rechten Längsseite am rechten Flügel. — Die Truppen haben die kolossalen Marschanstrengungen bewunderungswürdig ertragen; alle sind völlig intact und frisch. Die Artillerie des Südcorps trug zur Entscheidung des Gefechts hauptsächlich bei. Das Gefecht wurde durch die Flankenbewegung des Südcorps nach links mit der Direction auf Karolinenhöhe entschieden. — Wahrscheinlich um 3 Uhr geht's weiter. Die Truppen in den beiderseitigen Lagern geben ein malerisches Bild ab.

Neues Theater.

Leipzig, 12. August. Es wächst nicht zum ersten Male „Unkraut" auf dem sonst so einträglichen Lustspielacker des Herrn von Moser. Schon oft sah er es aufgehen, wenn er geglaubt hatte, Weizen gesäet zu haben! Sein neuestes Lustspiel: „Unkraut", ist glücklicherweise etwas besser, als sein Name besagt, wenn es auch bei der gestrigen ersten Aufführung nur einen Achtungserfolg errang, und das fröhliche Gelächter, das sonst bei Moser'schen Premieren vorherrscht, nur gegen den Schluß hin sich schüchtern hervorwagte. Aber Herr von Moser wollte diesmal auch mehr als „Spaßmacher" sein. Er hatte, wie schon oft, eine gute Lustspielidee und wollte sie diesmal auch als „Lustspiel" verwerthen. Er unternahm es, einmal das „Unkraut" der menschlichen Gesellschaft, die Dandy's und Roué's unserer Zeit, auf der Bühne mit dem Brennspiegel der Satire zu beleuchten, und das Unternehmen wäre gewiß eines modernen Molière würdig gewesen. Im ersten Act seines Stückes spricht auch die Gräfin Isselburg wiederholt von diesem „Unkraut" der Salons, und man erwartet einseitgendliches Sittenbild von drastischer Färbung. Da springt der Autor plötzlich wieder von der Idee ab. Er ersinnt sich, daß ja die einfachen „Feldblumen", die zwischen den stolzen Garben blühen, auch als „Unkraut" von der praktischen Landwirthschaft betrachtet werden und nun wendet er seine ganze Neigung einer Feldblume, der schlichten, harmlosen Rosa, einer Art „Gänschen von Buchenau", zu, die von den vornehmen Mitgliedern der Gesellschaft Isselburg als „Unkraut" betrachtet wird, schließlich aber das Herz des flatterhaften Max von Rodenstein im Sturm erobert. Aber auch der Triumph dieser Naturfee im aristokratischen Salon derer von Isselburg scheint dem Autor nicht Zweck des Lustspiels gewesen zu sein. Er hat noch eine andere Idee gehabt. Er wollte zeigen, wie ein junges Paar, das noch wenig bekannt mit den Stürmen der großen Welt ist, in zahlreiche Gefahren und sittliche Versuchungen geräth, schließlich aber doch in seiner Liebe den sittlichen Halt weiter findet. Das wäre ein sittliches Problem, wohl werth, einem Lustspieldichter als Stoff zu dienen. Aber auch diese Idee ist nicht zur Ausführung gekommen. Wir sehen nur eine sonderbare Mutter und einen alten Onkel zusammen experimentiren, um ein junges Paar ineinander verliebt zu machen. Das Experiment besteht darin, daß die jungen Leute „in den Strudel, Strudel 'nein" gestürzt werden, ein Experiment, das mindestens zu den gewagten pädagogischen Maßregeln gehören dürfte. Schließlich wird es Herrn von Moser selbst zu bunt. Da arrangirt er einen Maskenball, dessen komische Motive den „Rosa Domino" und der „Fledermaus" entlehnt sind, und auf diesem Maskenball, wo sich schließlich alle Paare in Wonne finden, ist er wieder in seinem eigentlichen Elemente. Hier sprudelt wieder seine ganze ergötzliche Komik hervor, und namentlich die Werbescene zwischen Röschen und Max von Rodenstein ist von prächtigem Humor durchweht. Die Planlosigkeit hat auch diesem neuesten „Lustspiel" geschadet, und wir glauben schwerlich, daß es der Löwe der Saison werden wird. Auch könnten zahlreiche Kürzungen zum Vortheil des Ganzen vorgenommen werden. Der Dialog ist nicht voll Esprit, wohl aber mit sinnigen Bonmots und Bildern gespickt, die zum Theil origineller Art sind.

Gespielt wurde das Stück ausgezeichnet. Sämmtliche Rollen waren gut besetzt, und man hatte offenbar Fleiß auf die Einstudirung verwandt. Das sympathische Paar, Röschen Herbach und Max von Rodenstein, wurde von Fräulein Flässel und Herrn Hänseler gespielt. Fräulein Flässel verstand es ausgezeichnet, das harmlose, offene Wesen des Naturkindes hervorzukehren, während Herr Hänseler aus dem Max von Rodenstein einen liebenswürdigen Schwerenöther machte. Ein guter Charakterkopf war auch der alte Rodenstein des Herrn Adolf Müller, der den gutmüthigen, alten Roué lebensvoll zur Geltung brachte. Herr Baxmann spielte den Maler Leukart mit humoristischer Seelenruhe, und fand in Frl. Politz als Elsbeth eine anmuthige Partnerin. Nicht minder frisch und natürlich repräsentirte Frl. Witt die lebenslustige Gräfin Lucie. Herr Straßmann hatte als Graf Isselburg eine Metamorphose vom langweiligen Gelehrten zum flotten Lebemann durchzumachen, und wußte beide Charaktereigenschaften glücklich wiederzugeben. Herr Meerz kann unseres Erachtens den Baler von Melinsky noch komischer gestalten. Auch Herr Quincke wußte so gut wie nichts mit dem Bücherwurm Vincent anzufangen. Es war kein Funken von Komik in dieser Figur. Da wirkte der Kellner des Herrn Greiner humoristischer. Frl. Truhn gab die Gräfin Isselburg, Frl. Lauterbach die Frau Herbach angemessen. Am meisten gefiel der letzte Act, nach dem lebhaft applaudirt, irren wir nicht, auch der Dichter vor die Rampen gerufen wurde.

Hermann Pilz.

Musik.

ξ Der an einem Herzschlag verstorbene Musikdirector R. Trautmann in Breslau war 1840 in Strehlen geboren und bereits seit 1862 in Breslau, zuerst als Concertmeister der Theatercapelle, später als Leiter der Bringer'schen Capelle und seit 1879 als Dirigent seiner eigenen Capelle thätig. In der Breslauer Presse wird ihm nachgerühmt, daß er ein echter ganzer Künstler gewesen sei und echte wahre Kunst und Künstlerschaft jederzeit kräftig gefördert habe. Durch seine Donnerstags-Concerte im Concerthause hat Trautmann viel zur Hebung des musikalischen Sinnes der Breslauer beigetragen.

Leipziger Technikerverein.

□ Leipzig, 11. August. Der letzte Vereinsabend, welcher von Mitgliedern und Gästen zahlreich besucht war, brachte einen längeren Vortrag des Herrn Ingenieur Emil Beil, Lehrers an der Dresdner Gewerbeschule, und zwar über ein auch die technischen Kreise nahe berührendes Thema: „Betrachtungen über Fachunterricht für Maschinenbauer in Gewerbeschulen, vom praktisch-technischen Standpunkte aus beurtheilt."

Der Vortragende gedachte zunächst ausführlich der neuerdings sich geltend machenden, fortschrittlichen Bestrebungen auf dem Gebiete